

Für ein demokratisches, soziales und ökologisches Hessen!

Die sich anbahnende Koalition aus CDU und SPD bedeutet eine weitere Rechtsentwicklung für unser Land.

DIE LINKE. Hessen nimmt mit Erschrecken und Abscheu die Eckpunkte für eine Koalition aus CDU und SPD wahr. Wir rufen alle auf, die sich für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft einsetzen wollen, Widerstand zu leisten gegen eine Politik der Überwachung und Bespitzelung, der sozialen Ausgrenzung und der Weigerung der Klimakrise zu begegnen.

Die Ankündigungen einer angeblich "christlich-sozialen" Koalition lassen erwarten, dass die Rechtsentwicklung weitergeht, indem vielen Forderungen der AfD nachgegeben wurde. Der CSU-Sound passt, aber der schwarzrote Mix aus "Law-and-Order", Abschottung und Ignoranz gegenüber Armut ist weder sozial noch christlich. Eine restriktive Politik gegenüber die Geflüchteten, die Kommunen zu kostenträchtigen und personalintensiven Maßnahmen treibt, wird zu Rassismus und Diskriminierung von Eingewanderten führen. Für DIE LINKE steht eine menschenwürdige Versorgung von Geflüchteten in kleinen Einheiten, am besten in Wohnungen, und eine schnelle berufliche und persönliche Integration im Vordergrund.

Die soziale Frage und die Situation der arbeitenden Bevölkerung spielen bei CDU und SPD keine Rolle. Da jedes vierte Kind in Hessen arm ist, müsste das Kinderrecht auf soziale Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Kostenfreies Mittagessen in Schule und Kita, echte Lernmittelfreiheit in integrierten Gesamtschulen mit längerem gemeinsamen Lernen und nicht das Festhalten an der Mehrgliedrigkeit, Noten und Sitzenbleiben wären die richtigen Maßnahmen.

Statt das letzte Kita-Jahr für alle Kinder verpflichtend zu machen, ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Trägern der frühkindlichen Bildung und die Finanzierung der kompletten Beitragsfreiheit durch das Land erforderlich. Statt Fußfesseln für „Frauenschläger“ zu propagieren sind Vorsorgemaßnahmen gegen häusliche und sexuelle Gewalt notwendig.

Obwohl mehr als eine halbe Million Menschen zu Niedriglöhnen schufteten und nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten tarifgebunden sind, bleiben die Ausführungen von CDU und SPD zu Tariftreue vage und die notwendige klimagerechte Transformation der Industrie im Einklang mit den sozialen Belangen der Beschäftigten wird auf Wirtschafts- und Innovationsförderung reduziert. Für den sozialökologischen Umbau braucht es einen Transformationsfonds, der rechtlich und finanziell in der Lage ist, aktiv in die Wirtschaft einzugreifen und Einfluss auszuüben, was auf welche Weise produziert wird.

Statt Eigenheim-Besitzer*innen noch mehr zu fördern, ist die Unterstützung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften in den Mittelpunkt zu stellen. Bezahlbarer Wohnraum braucht einen Mietendeckel und die Ausweitung aller bestehenden Mieterschutzinstrumente. Ein Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung muss auch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten vorsehen, um effektiv gegen spekulativen Leerstand vorgehen zu können.

Dass die Klimaleugner mit am Sondierungstisch gesessen haben, sieht man an der Planung Straßen und Autobahnen auszubauen, gern auch zehnspurig, die Agrarwende abzusagen und wenn sich die Energiepolitik in unsinnigen Kernfusionsprojekten erschöpft. DIE LINKE will, dass alle solartauglichen Dächer zur Stromerzeugung genutzt werden und

der Ausbau von Windkraftanlagen in öffentlichem Eigentum endlich vorankommt. Für den sozialökologischen Umbau ist ein schneller Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit einem vergünstigten bis kostenlosen Ticket für alle erforderlich.

Demokratie ist für die neue Koalition eher lästig, die Überlegungen für die Wiedereinführung einer Sperrklausel für die Kommunalparlamente zeigt dies deutlich wie das Verbot des Genderns in Schulen, Hochschulen und im Rundfunk. Die Überwachungsmaßnahmen führen mit den bereits beschlossenen Änderungen im Versammlungsrecht zu wesentlich schlechteren Bedingungen für die außerparlamentarische Opposition. Als LINKE setzen wir uns für eine offene solidarische Gesellschaft ohne Bespitzelung und mit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen gegen Rassismus und rechte Strukturen ein.

Das Festhalten an der Schuldenbremse wird dringend notwendige Investitionen in Kindertagesbetreuung, Schulen und Krankenhäuser erheblich behindern. Falls die Steuereinnahmen nicht weiter steigen, drohen drastische Kürzungshaushalte. DIE LINKE setzt sich weiter für eine gerechtere Besteuerung der Superreichen ein. Die Vermögensteuer muss wiedereingeführt und die Erbschaftssteuer gerechter ausgestaltet werden, um die Länderhaushalte auskömmlich zu finanzieren.

Die meisten Aufgaben der öffentlichen Hand werden von den Kommunen erbracht. Für diese hat die neue Koalition nur die Auswertung des kommunalen Finanzausgleichs. Ob es irgendwann etwas mehr Geld für Kitas gibt und die Straßenausbaubeiträge wirklich wegfallen, steht in den Sternen. Für DIE LINKE ist es dringend erforderlich Kommunen finanziell besser auszustatten und für die steigenden Lasten bei Jugend und Soziales und dem Schutz der natürlichen Ressourcen auszugleichen.

Die Eckpunkte dieser selbsternannten "Hessenkoalition" aus CDU und SPD sind nicht nur eine Absage an die alte "Hessen vorn!"-Politik in der sozialdemokratischen Tradition von Georg August Zinn, sondern geben auch einen Vorgeschmack darauf, wie sehr im kommenden Landtag eine Opposition für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und für Humanität und Menschenrechte fehlen wird.

Um den Widerstand gegen die schwarzrote Politik zu organisieren, wird DIE LINKE als außerparlamentarische Opposition den Schulterschluss mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden sowie Initiativen suchen und die künftige Regierung kräftig unter Druck zu setzen.